

Notizen zur Diskussionsrunde

Flucht und Integration im Kulturbetrieb

Ruhr International 2016 am 15. Mai 2016
in der Jahrhunderthalle Bochum



Während des Festivals Ruhr International fand eine Diskussionsrunde zum Thema „Flucht und Migration im Kulturbetrieb“ statt. Initiiert wurde die Debatte vom Bahnhof Langendreer, dem Kulturbüro der Stadt und der Zukunftsakademie NRW. An dem Gespräch nahmen KünstlerInnen, Kulturschaffende und Personen aus dem Bereich der Kulturverwaltung, Politiker, ehrenamtliche Flüchtlingshelfer sowie Menschen mit Fluchthintergrund teil; insgesamt ca. 140 Personen. Moderiert wurde die Diskussion von der Kulturjournalistin Regina Völz.

Zielsetzung der OrganisatorInnen ist es eine Veranstaltungsreihe mit Gesprächen zu etablieren, die langfristig stattfindet. Die Intention ist, ein Netzwerk aufzubauen, durch das Kolleginnen und Kollegen zusammenkommen können, die zum Thema Flucht und Integration arbeiten. Das nächste – sich bereits in Planung befindende – Gespräch dieser Reihe wird noch für das Jahr 2016 angekündigt.

Die Fragestellung an die Diskussionsrunde war: wer macht Kultur, wie wird Kultur eingesetzt und gebraucht? Erfahrungen der TeilnehmerInnen, sowohl im positiven als auch negativen Bereich, sowie deren Einstellung bzw. Selbstverständnis in diesem Kontext, wurden thematisiert.

Was sind Aufgaben, was kann man langfristig leisten; wie meist sehr knappe gemeinsame Strukturen nutzen, Ressourcen bündeln und das Thema gemeinsam voran bringen?

Es wird zunächst auf die Vielzahl der aktiven Menschen, Vereine und Initiativen in Bochum hingewiesen, die sich bereits mit geflüchteten Menschen auseinandersetzen. Der Wunsch nach einer Plattform bzw. einem Netzwerk, als Raum für den Austausch von Erfahrungen mit anderen AkteurInnen aus dem Feld, wird deutlich, da bspw. nicht alle potentiellen ProjektpartnerInnen bekannt sind.

Zum Selbstverständnis der Aktiven

Es wird die Frage gestellt, wie kulturelle Arbeit mit anderen Hilfestellungen verbunden ist; ob die Kulturschaffenden bzw. -vermittelnden sich als eine Art SozialarbeiterInnen sehen? Von der Runde wird dies klar verneint. SozialarbeiterInnen wünsche man sich jedoch als eingebundenen Teil der Projektumsetzung.

Genannt wird direkt dazu noch eine Selbstbestimmung als „Kulturdolmetscher“. Dies meint, Fragen und Unsicherheiten, die bei MigrantInnen im neuen Umfeld betreffen, zu übersetzen, bzw. Hintergründe zu erklären. Vereinsstrukturen in Deutschland, über die man in Kontakt und Erleben komme, müssten sichtbar gemacht und vermittelt werden, um Teilhabe zu erleichtern.

Es wird die Frage gestellt, ob die Kunst/Kultur auch eine besondere Verantwortung zu übernehmen hat. Kann man mit kultureller Arbeit Verantwortung übernehmen, sollte man? Die gegenseitige Übernahme von Verantwortung entstehe nicht durch die besondere

Situation der Zusammenarbeit mit Geflüchteten in künstlerischen Projekten, sondern viel grundlegender durch den Kontakt unter den Menschen. Verantwortung solle gemeinsam und in Kooperationen übernommen werden. Die Devise müsse sein, nicht z. B. einfach ein Theaterstück abzuliefern, und darauf nichts folgen zu lassen. Sondern: Geflüchtete weiterhin im Alltag begleiten, um das Ankommen in Deutschland zu ermöglichen.

Aktive in der kulturellen Arbeit mit Geflüchteten dürften nicht instrumentalisiert werden für Zwecke aus dem Bereich der sozialen Arbeit. Aber: Kunst und Kultur können als Motor von Integration dienen, sie öffnen eine Dimension, in der Menschen auf emotionaler Ebene zusammen kommen können. Durch kulturelle Gemeinschaftsprojekte könne auch die kulturelle Landschaft in Deutschland insgesamt bereichert werden.

Die Anwesenden, die bereits Projekte mit Geflüchteten umgesetzt haben, stellen diese und die damit verbundene Zielsetzung vor.

KiTeV. stellt „Refugee Kitchen“ vor. Leitziel des Projekts ist es, Teilhabe in der Stadt und Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen, was auch gelingt. Durch die Kulanz handwerklicher Betriebe konnte gemeinsam mit den Neubürgern ein Foodtruck gebaut werden, neue Fähigkeiten erlernt werden. Die Zusammenarbeit entstand aus dem Interesse heraus neue Leute kennen zu lernen um gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen.

Die **Musikschule Bochum** charakterisierte sich selbst als alte, große Kulturinstitution, die seit etwa drei Jahren die interkulturelle Arbeit intensiviert, nochmals angeschoben durch die aktuellen Fluchtbewegungen. Dadurch ergab sich jedoch auch die Möglichkeit, die schwere, träge Institution weiter zu entwickeln. Zu längerfristigem Nutzen der Musik als Integrationsmotor gelangte man über verschiedene Projekte. Gemeinsam mit geflüchteten Menschen entwickelte man Hörspiele, dreiminütige Videos, in denen sich Geflüchtete vorstellen, Sprachkurse wurden mit Musik verwoben und ergänzt um Lerneffekte zu verbessern. Die Arbeit scheint sich von einzelnen Projekten weg, hin zu langfristiger Arbeit als Unterstützung der Integration insgesamt, zu entwickeln.

Stadtteilzeitung mit Geflüchteten, Online- und Printpublikation. Die Idee entstand durch den Text über die Wünsche und Träume eines Geflüchteten. Geschrieben wird auf Deutsch oder es wird aus der Muttersprache übersetzt. In den Texten zeigt sich, dass die Suche nach Normalität von den Geflüchteten gesucht wird. Dazu wird die These aufgestellt, dass dies nur funktionieren könne, wenn neue Bürger nicht dauerhaft dankbar sein müssten, und "wir" nicht dauerhaft etwas geben. Begegnungen auf Augenhöhe und das Herstellen einer Öffentlichkeit soll durch diese Plattform ermöglicht werden.

Das **Prinzregenttheater** entschied sich bei seinen Theaterinszenierungen mit Geflüchteten bewusst für Langzeitprojekte. Das Reden und Arbeiten mit den Geflüchteten – anstatt über sie – ist Grundpfeiler der Projektumsetzungen. Es besteht die Intention die Menschen zu begleiten und sich auch selbst bereichern zu lassen. Die Einbindung von Projekten dieser Art in den regulären Spielbetrieb sei abhängig von finanziellen Möglichkeiten. Räumliche Expansion und Kontakte sollen über Projekte hergestellt werden und die eigenen Aktivitäten in der Stadt stärker sichtbar gemacht werden. Gründe für erfolgreiche Durchführung der Projekte werden wie folgt beschrieben: ein Drittel aus eigenem Etat, ein Drittel Idealismus sowie ein Drittel Vorteile durch Kooperationen. Betont wurde, dass alle Projekte ausschließlich in Form von Kooperation möglich bzw. durchführbar sind.

Es wird die Rolle der Politik für die Institutionalisierung von Arbeit mit Geflüchteten im Kulturbetrieb thematisiert.

Das Jugendbildungsreferat der evangelischen Kirchenjugend Westfalen betont die Relevanz von Verknüpfung der Politik mit diesem Thema, Die Zusammenarbeit sei in diesem Bereich auf Lobbyarbeit angewiesen.

Der Bereich Interkulturalität, der auf lange zurückliegende Migration schon in den 60er Jahren zurück geht, mache bereits Arbeit mit Vertriebenen und Geflüchteten Jugendlichen und Kindern sowie Nachfahren von Gastarbeitern. Diese lange regionale interkulturelle Tradition sei in dieser Ausformung eine bundesweite Besonderheit des Ruhrgebiets.

Man solle das Ruhrgebiet mit einer Stimme sprechen lassen und öffentliches Bewusstsein für kulturelle und interkulturelle Vielfalt fördern. Die bereits vorhandene, gelebte interkulturelle Arbeit und Struktur präsentieren, neue Ressourcen als solche wahrnehmen und der vielfältigen Stadtgesellschaft zukommen lassen. Außerdem den demographischen Wandel nutzen und als Chance und Gewinn sehen.

Das **Integrationszentrum der Stadt Bochum** definiert seine Aufgaben. Geflüchtete sind nicht dessen Hauptthema, sondern alle Menschen mit Migrationshintergrund. Es stellt Kontakt zwischen Menschen und Institutionen her, die in der Integrationsarbeit aktiv sind. Es wird versucht Kunst, Bildung und Sport als Puzzleteile einer Unterstützung der Integration in Verbindung zu bringen. Eine Übersicht über den in Bochum aktiven Kreis gibt es jedoch nicht, es werde aber bereits versucht einen Überblick zum status quo zu bekommen.

Es wird festgestellt, dass momentan Gelder zur Verfügung stehen, auf die man in der "Mainstream Nische", der kulturellen Arbeit mit Geflüchteten, zugriff hat. Auf Grund des hohen finanziellen Bedarfs können aber längst nicht alle Initiativen unterstützt werden, nur die Förderung von Leuchtturmprojekten ist momentan möglich.

Es wird die Frage gestellt: Was fehlt, was braucht es für die Zukunft? Welche Forderungen und Ideen gibt es für die Optimierung der Integration mit Hilfe der Kunst und Kultur?

Wenn man die Geflüchteten selbst fragt, so fehle es deren Meinung nach an Kontakten zur herkömmlichen Bevölkerung in der Freizeit, außerhalb der Projekte. Es fehle eine Übersicht über Strukturen.

Der Übergang von einzelnen, kurzfristigen Projekten mit Geflüchteten zu konstanter und langfristiger Projektplanung wird allgemein als notwendig erachtet. Ein Hindernis stelle hier die fehlende Finanzierungsmöglichkeit durch die Kommunen dar. Deutlich stärkere Investitionen in Länder und Kommunen werden gefordert. Sowohl freie als auch öffentliche Träger seien in der politischen Akquise von dringend benötigten finanziellen Mitteln zu zaghaf. Man sollte Selbstdisziplin üben und finanzpolitische Forderungen entwickeln, um Kunst und Kultur im Rahmen der integrativen Arbeit finanzieren zu können. Statt gesonderten Einzelprojekten sollte lieber die Weichenstellung in bestehende Strukturen angeboten und dafür bestehende Räume und Möglichkeiten genutzt werden.

Interdisziplinäre Kooperationen sollten forciert und für ein Zusammenwachsen von Alt- und Neubürgern fruchtbar gemacht werden. Es wird auf die Integration von Gastarbeitern verwiesen, bei der der Faktor der gemeinsamen kontinuierlichen Arbeit hilfreich gewesen sei. Kollegialität und gegenseitiges aufeinander angewiesen sein würden bei der gegenseitigen Integration helfen.

Der Übergang von der Sondersituation der Geflüchteten zu Neu-Bürgern in Alltag und Gesellschaft wird als wichtig betont. Kulturelle Arbeit fungiere dabei als Werkzeug um Wege zu finden, sinnvolle gemeinsame Arbeit entstehen zu lassen und Selbstwertgefühl und Teilhabe zu ermöglichen. Betont wird immer wieder, dass der Austausch mit- statt übereinander vollzogen werden müsse.

Bochum, im Juni 2016